



Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V. im Rat der Stadt Köln

An den
Vorsitzenden des Ausschusses
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen
Herrn Michael Zimmermann

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/0665/2008

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	14.04.2008

Hinterzimmengespräche des Oberbürgermeisters mit Fraktionsvertretern

Sehr geehrter Herr Ausschußvorsitzender Zimmermann,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

pro Köln bittet Sie, die folgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen aufzunehmen und zu beantworten:

Die in §35 der Geschäftsordnung des Rates zur Vorbereitung der Ratssitzungen vorgesehenen Fraktionsvorsitzenden-Besprechungen des Oberbürgermeisters mit Vertretern der Ratsfraktionen finden in Köln bekanntlich seit der Kommunalwahl 2004 nicht mehr statt. Offenbar soll die Fraktion pro Köln aus bestimmten Kommunikationsflüssen ausgekoppelt werden.

Daß es dafür zwar keine guten, durchaus aber wichtige Gründe gibt, kann aus verschiedenen heute veröffentlichten Medien-Berichten geschlußfolgert werden.

Demnach soll der Oberbürgermeister Anfang April 2008 mit handverlesenen Vertretern der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP ein Hinterzimmer-Treffen mit dem Finanzvorstand der Sparkasse KölnBonn, Ulrich Gröschel, durchgeführt haben. Dabei informierte den Angaben zufolge Herr Gröschel den beim Oberbürgermeister offenbar als zuverlässig geltenden Teil der Vertreter der Ratsfraktionen über die wirtschaftliche Situation der Sparkasse KölnBonn. „Unzuverlässige“ Fraktionen und deren Vertreter benötigen darüber wohl keine Informationen.

Den Medienberichten zufolge sollen die vom Oberbürgermeister zur Diskussion zugelassenen Fraktions-Vertreter die Möglichkeit beraten haben, der Sparkasse KölnBonn mit einer finanziellen Zuwendung in Höhe von 200 Millionen Euro unter die Arme zu greifen, die als Kommunalkredit von der Stadt aufgenommen werden sollen.

Dazu ergeben sich die folgenden Fragen:

- 1.) Trifft es zu, daß der Oberbürgermeister mit dem Finanzvorstand der Sparkasse und Vertretern eines Teils der im Rat der Stadt Köln vertretenen Ratsfraktionen im Frühjahr 2008 ein Informationsgespräch über die finanzielle Situation bei der Sparkasse KölnBonn durchgeführt hat?
- 2.) Falls ja, auf welcher Rechtsgrundlage erhält ein Teil der Ratsfraktionen aktuelle Hintergrund-Informationen über die finanzielle Lage der Sparkasse KölnBonn und ein anderer Teil nicht?
- 3.) Welche Informationen haben die Vertreter der Ratsfraktionen von CDU, SPD, Grünen und FDP vom Finanzvorstand der Sparkasse KölnBonn bei dem in Rede stehenden Gespräch im einzelnen erhalten?
- 4.) Trifft es zu, daß die Stadt Köln beabsichtigt, der Sparkasse KölnBonn rund 200 Millionen Euro Kapital zukommen zu lassen, die aus einem Kommunalkredit finanziert werden sollen?

gez. Rouhs, Jung